

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Anzeigenpreis: Der Spaltenpreis Millimeterlastraum 6.—
Markt 27.—
Markt. Die laufende Monatsquittung wird vom Bezahler auf kleine Anzeigen bei deren Aufgabe mit 20.—
Markt in Zahlung genommen. Biffergebühr 3.—
Markt. Porto befremdet. Anzeigen nach 10 Uhr vormittags 10 Uhr.
Belegnummer wird berechnet. Fernsprecher Nr. 100.

Nr. 258.

Donnerstag, den 2. November 1922.

162. Jahrgang.

Havenstein über den Goldbestand.

Berlin, 1. November. In der neulichen Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank legte Präsident Havenstein vor dem Zentralratshaus noch einmal die Auffassung des Reichsbankdirektoriums hinsichtlich der Verwendung des Goldbestandes der Reichsbank und hinsichtlich der Frage der sogenannten Goldschatzungen eingehend dar. Der Präsident sprach sich gegen die Verwendung des Reichsbankgoldes aus. Havenstein vertritt sich auch nicht von der Ausgabe sogenannter Goldschatzungen ab. So dringend notwendig es aber für Deutschland auch wäre, den Niedergang unserer Währung zu hemmen und wieder zu stabilen Verhältnissen zu kommen, so halte es doch das Reichsbankdirektorium für völlig ausgeschlossen und unzulässig für uns, aus eigener Kraft dieses Ziel zu erreichen, d. h., wie wir nicht ein ausreichendes Moratorium erhalten und eine für uns tragbare Lösung des Reparationsproblems nicht wenigstens in sicherer Aussicht liegt. Unsere Handels- und Zahlungsbilanz sei noch sehr viel ungünstiger, als die bisher veröffentlichten handelsstatistischen Zahlen erkennen ließen und das Passivsaldo des Etats wie der Zahlungsbilanz könne nur durch sorgfältige und ersäuernde große Verluste von Markt ins Ausland gedeckt werden. Im Sommer dieses Jahres habe die Reichsbank, einem dringenden Wunsch der Regierung entsprechend, mit starken Mitteln (rund 230 Millionen Goldmark) auf dem Weizenmarkt interveniert. Die Abwärtsbewegung der deutschen Wälfata sei dadurch aber keineswegs gehindert, sondern höchstens für einige Wochen verlangsamt worden. Der Goldbestand der Reichsbank liege gegenwärtig nicht, wie vielfach behauptet wurde, brach, sondern leide durch sein bloßes Vorhandensein der deutschen Wirtschaft nachteilige Dienste; denn er sei die Grundlage unserer Währung und ebenso die Grundlage der gesamten Wirtschaft und Wirtschaftskraft der Reichsbank. Den Ausführungen des Reichsbankpräsidenten über den Goldbestand stimmte der Zentralratshaus zu. In der Frage der Ausgabe von Goldschatzungen traten die Mitglieder dem vom Reichsbankdirektorium geltend gemachten Bedenken bei. Ein Teil der Mitglieder glaubte noch weiter gehen zu müssen und schlug sogar die Vornahme eines Beschlusses unter dem vom Vorsitzenden dargelegten Voranschlag ab.

Exploé des Reichsfinanzministers vor der Reparationskommission.

Berlin, 2. November. In der Besprechung am Mittwoch zwischen den Mitgliedern der Reparationskommission und den Delegierten der deutschen Regierung entwirft der Reichsfinanzminister seine Auffassung über die Umstände, die in Betracht gezogen werden müssen, um einer weiteren Verschlechterung der Mark nachhaltig und mit Erfolg entgegenzutreten und die maßgebend sein werden, um ein tragfähiges Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben im Reichshaushalt herzustellen.

Die Besprechungen werden am Freitag nachmittag fortgesetzt werden.

Das „Berliner Tageblatt“ berichtet: Den Ausführungen des Ministers Hermes dürften ungefähr folgende Gedankengänge zu Grunde gelegen haben: Eine Aktion zur Stärkung der deutschen Währung könnte nur auf der Basis eines Goldfonds durchgeführt werden. Da eine Zinsanpruch-

nahme des Goldbestandes der Reichsbank nicht in Frage kommt, so bliebe nur übrig, zu diesem besonderen Zwecke eine Goldleihe im Ausland anzuhängen. Ueber diese Möglichkeit hat, so viel wir wissen, Reichsanwalt Dr. Birth vor Kurzem schon mit maßgebenden Vertretern ausländischer Regierungen gesprochen, wobei allerdings auf die Schwierigkeiten hingewiesen wurde, die sich vorläufig, besonders in unerwarteten Finanzkrisen, gegen einen solchen Plan geltend machen. Zur Verhütung dieser Schwierigkeiten hat er, wie jetzt eine der wichtigsten Aufgaben der diesmahligen Reparationskonferenz sein. Zu den heutigen Besprechungen gedent man sich zunächst mit den deutschen Vorschlägen für 1923 zu befassen, über die voraussichtlich Staatssekretär Serep die ausführlich berichten wird. Es ist möglich, daß in der heutigen Sitzung Herr Barthou zu einer längeren grundsätzlichen Erörterung des Wort ergreifen wird. Man nimmt in unterrichteten Kreisen an, daß die Reparationskommission irgendwelche Entscheidungen in Berlin vorerst nicht treffen wird.

Die Berliner Konferenz der ausländischen Währungs-fachverständigen.

Wie die „Telegraphen-Union“ erfährt, sind die von der deutschen Regierung zu einer Finanzkonferenz in Berlin eingeladenen Sachverständigen am Mittwoch im Laufe des Tages in Berlin eingetroffen. Es sind folgende Herren: Baron, der Zeilhaber des bekannten Bankhauses Lagere, aus London, Professor Cassel aus Stockholm, Der Präsident des Schweizer Bankvereins Dubois mit seinem Sekretär Dr. Siegel, Professor Jents von der Universität Wien, Der Präsident der Bank von Paris, die Bank für Zentral- und Südamerika, der Präsident der Niederländischen Bank Belforting aus Amsterdam mit seinem Sekretär de Beaufort. Diese Herren werden Donnerstag vormittag um 10 Uhr vom Reichsbankdirektorium empfangen. Am Nachmittag beginnen die sachlichen Beratungen, an denen deutscherseits die bekannten Sachverständigen teilnehmen werden.

Ueber den Bankerott zur Rettung.

Paris, 1. November. Loucheur wird in der nächsten Woche, wie er gestern einem Vertreter des „New York Herald“ mitteilte, in der Kammer eine Rede halten und beantragen, daß Deutschland für Bankerott erklärt werde, damit es gerettet werden könnte. Diese Bankerottklärung müsse sofort erfolgen, damit eine schwere politische Krise abgemindert und das deutsche Volk gerettet werde. Die gegenwärtige Lage sei außerordentlich schwierig, woran der Deutschland nicht unzulänglich sei. Man habe nur einen Ausweg gegenüber dem Bankerott, daß die Reparationen in Form der einzigen Währung besetze. Doucheur wollte ihn aber überzeugen, daß diese Inflation zu einem Unglück führe. Frankreichs größter Fehler sei es gewesen, daß es mit der Bankerottklärung so lange gewartet habe. Vor einem Jahre hätte sie bereits erfolgen müssen. Doucheur ist überzeugt, daß Deutschland durch diese Bankerottklärung in einem Jahre auf neuer Grundlage aufstehen könne, worauf man dann einen neuen Plan für die Reparationszahlungen ausarbeiten könne. Doucheur erklärte sich sehr befriedigt über die Worte Bonar Jans, daß Frankreich zu nachsichtig gewesen sei. Falls England vor einem Jahre seine Anträge in Chequers angenommen hätte, wäre es nicht soweit gekommen. Bezüglich Russlands führte der frühere Minister für die besetzten Gebiete in der Interredung aus, daß die Aufnahme von Beziehungen zu Russland nur möglich wäre, wenn auch Russland eine neue Währung besetze, wie dies in Deutschland notwendig sei. Dies gelte überhaupt für alle europäischen Staaten, die alle unter einer Geldtauschheit litten.

nicht auflösen, sondern mit den Neuwahlen bis zum Frühjahr warten.

Ritti wurde zwar von den Faschisten nicht gelangenommen, aber der Abgeordnete Gaglianone ergriff in den letzten Tagen der ihm und erklärte ihm, daß die Faschisten alle politischen Meinungen respektieren und infolgedessen ihm keine Gewalt antun wollten. Da aber die Geister sehr erregt seien, ist bedauerliche Zwischenfälle ereignen könnten, so werde ihm der Rat erteilt, sich eine Villa in der Gegend von Genua zu halten. Ein faschistischer Boten wurde vor dem Hause Ritti in Via Frea in der Provinz Botone aufgestellt, damit Ritti unbedenklich abreisen könnte. Wo er sich gegenwärtig aufhält, ist unbekannt. Dem römischen Korrespondenten des „Matin“ zufolge sei Ritti Haus in Rom von den Faschisten vollständig ausgeplündert worden.

Berühmte Ueberwachung der jugoslawischen Grenze!

Wag, 2. November. Aus Belgrad liegen alarmierende Meldungen vor, daß auf Grund der Nachricht, Faschisten hätten die Fiumer Grenze der Saffal über-

Krise?

Die Reparationskommission ist in Berlin. Es ist merkwürdig, so abgestumpft und stöpslich die deutsche Öffentlichkeit gegen Konferenzen und Tagungen geworden ist, diesmal geht unverkennbar eine starke Bewegung, man könnte sagen, Ergrüftung durch das Volk. Es ist, als ob sich in ihm der Instinkt der Kreatur regte, die Gefahr und Tod wittert. Von diesem Instinkt, können auch Regierung, wie die Führer der politischen Parteien benutzbar zu sein. Es ist eine merkwürdige Stimmung, die sich seit mehreren Tagen Luft macht. Jeder fühlt, daß diesmal wirkliche Entscheidungen fallen müssen. Entscheidungen, die nicht mehr durch Kompromisse, durch Halbtönen, durch Selbstbetrug hinausgeschoben werden können. Seit etwa 14 Tagen hat sich, eigentlich ohne erkennbare Ursache, die Frage in den Vordergrund gedrängt: Rüstet die Erfüllungspolitik oder nicht, Neuorientierung oder nicht. Das Volk hat das Fazit gezogen. Die Erfüllungspolitik hat Rüstet gemacht. Die Befürworter der Erfüllung sind erstickt, unsicher und wankend; der Weg der Erfüllung war der einzig mögliche, um zu retten, was zu retten war. Sie wollen von ihrem Programm, „Erfüllung um jeden Preis bis zur Einflucht der Anderen“ nichts mehr wissen, und suchen aus den Ministerreden die Stellen heraus, in denen von der „Erfüllung in den Grenzen des Möglichen“ gesprochen wird. Und geben dann zu, daß diese Grenze des Möglichen erreicht, ja überschritten ist.

In diesem Augenblick kommt die Reparationskommission nach Berlin um zu „sanieren“ und eine „Kontrolle“ aufzurichten. Also in der Politik, neue Erfüllung durch Erfüllen. Das deutsche Volk aber sagt nein: die Mehrheit in der Öffentlichkeit ist äußerst erbittert. Wir stehen vor der tiefsten Bewegung, daß in dem republikanisch-demokratischen Deutschland, in dem das Volk sich selbst regieren soll, der Wille des Volkes seiner Regierung auch tatsächlich die Politik vorschreiben will. Die Korruptionsparteien sind daran, sind von dieser Art Volksbewegung zu betroffen, daß die „Germania“ einen Appell zur „Gebild und Besonnenheit“ ergeht und „zur Wahrung der Gerechtigkeit“ in diesen Verhandlungstagen mahnt. Dessen ungeachtet muß zu ihrer Natur nach vertraulichen Verhandlungen keine der Sache nur Schaden! Es ist uns ein Rätsel, wie ein Deutscher in diesen Tagen, in denen um Tod und Leben gewirbelt wird, eine so jammervoll feige Angstpolitik sich gefallen lassen kann. Also schmeigen soll das deutsche Volk und ein neues und diesmal das entscheidende Wort diktiert ihm!

Wir fallen es für nötig, einmal den wirkliche Willen der Wälfen in Deutschland zu sehen und „zur Wahrung der Gerechtigkeit“ in diesen Verhandlungstagen mahnt. Dessen ungeachtet muß zu ihrer Natur nach vertraulichen Verhandlungen keine der Sache nur Schaden! Es ist uns ein Rätsel, wie ein Deutscher in diesen Tagen, in denen um Tod und Leben gewirbelt wird, eine so jammervoll feige Angstpolitik sich gefallen lassen kann. Also schmeigen soll das deutsche Volk und ein neues und diesmal das entscheidende Wort diktiert ihm!

Wir fallen es für nötig, einmal den wirkliche Willen der Wälfen in Deutschland zu sehen und „zur Wahrung der Gerechtigkeit“ in diesen Verhandlungstagen mahnt. Dessen ungeachtet muß zu ihrer Natur nach vertraulichen Verhandlungen keine der Sache nur Schaden! Es ist uns ein Rätsel, wie ein Deutscher in diesen Tagen, in denen um Tod und Leben gewirbelt wird, eine so jammervoll feige Angstpolitik sich gefallen lassen kann. Also schmeigen soll das deutsche Volk und ein neues und diesmal das entscheidende Wort diktiert ihm!

Tageschronik

Reichsbankpräsident Havenstein sprach sich gegen eine Verwendung des Goldbestandes zur Währungsstabilisierung aus. Die Reparationsverhandlungen in Berlin. Loucheur schlägt eine Bankerottklärung Deutschlands vor, um es dadurch retten zu können. Auf die Gehaltsbezüge der Beamten kommt ein Zuschlag von 25 Prozent.

Wiedereröffnung der Zivilbehörden in Italien.

Mailand, 2. November. Auf Anordnung Mussolinis sind die Regierungsbürokratie, die während der faschistischen Bewegung an die Militärbehörden übergegangen waren, wieder den Zivilbehörden übertragen worden. Die italienische Kammer tritt am 15. November zusammen. Nach Erklärungen Mussolinis wird er das Parlament, wenn er ein notwendiges Vertrauensvotum erhält,

schritten, ein Ministerrat abgehalten werden sei, der die Wehrkommandanten in Agrum und Saffal angewiesen habe, militärische Maßnahmen zur Verhinderung von Besetzung der Grenze zu treffen. Der italienische Gehaltsstreiker erließen beim Außenminister Rittich und gab im Namen der neuen Regierung die Versicherung ab, daß sie auf ein freundschaftliches Verhältnis mit Jugoslawen Wert lege.

Die Stabilisierung des Provinziallandtages.

Berlin, 2. November. Die heutige italenische Botschaft teilt mit: Nach der Bildung des neuen italienischen Kabinetts hat der italienische Botschafter in Berlin, General B. A. ... keine Demission beim Ministerium des Aeußeren in Rom eingereicht.

Mustapha Kemal Bedingungen für Lausanne.

Paris, 2. November. Die Bedingungen Mustapha Kemal Paschas werden durch ein Interview bekannt, das Mustapha dem Sonderkorrespondenten des "Welt Parisien" gewährt hat. Mustapha Kemal sagte, daß die Regierung von Ankara die bisher gültigen Kapitulationen niemals anerkennen werde. Die Grenze des Landes würde allem Freunden weit geöffnet sein, aber nur unter der Voraussetzung, daß die volle Unabhängigkeit der Türkei auf wirtschaftlichem Gebiet ebenso wie auf allen übrigen Gebieten gesichert sei. Die Grenze der Türkei folge den nationalen Forderungen entsprechen und innerhalb dieser Grenzen wolle die Türkei frei sein. Die Freiheit der Meereen werde zugestanden, aber nur, wenn die Sicherheit konstantinopels und des Marmara-Meeres garantiert werden.

Frankzösische Annäherung an England in der Orientpolitik?
Paris, 2. November. Die Gegner der freundschaftlichen Richtung vertragen die hier herrschende Bestimmung über die Ansprüche der Kemalisten auszuüben, um die Regierung und das Volkstum zum Abweichen von den Türken und zu gemeinsamen Vorgehen mit England im Orient zu gewinnen.

Erst Schuldenerregung, dann Wirtschaftskonferenz.

Washington, 1. Nov. Im Weißen Hause wird erklärt, die amerikanische Regierung wolle warten, bis die Sachverständigen das Schuldproblem gelöst haben, ehe sie ihre Teilnahme an einer internationalen Wirtschaftskonferenz beschließen, auf der die Schuldnerfrage diskutiert werden solle. Die Regierung ist der Ansicht, daß ein Schritt der Art ohne seine Lösung des Problems darstelle, aber daß dieses Problem auf irgendeine Weise gelöst werden müsse. Die Regierung betrachtet die allgemeine Lage nicht als entmutigend. Sie wird allerdings bei den Schuldnerstaaten nicht auf sofortige Zahlung drängen, aber sie steht nach wie vor auf dem Standpunkte, daß diese Schulden nationale Verpflichtungen darstellen.

Neuer Kirchenprozeß in Moskau.

Mosk., 1. Nov. Meldungen aus Moskau berichten über den vom Revolutionstribunal begonnenen grandiosen Kirchenprozeß gegen 118 Angeklagte, welche des Widerstandes der Herabgabe kirchlichen Eigentums beschuldigt sind. Unter den Angeklagten befindet sich ein gewisser G. G. der höheren russischen Geistlichkeit. Für den Prozeß ist die Dauer von einer Woche vorgesehen.

Gegen die deutschen Arbeiter in Holland.

Haag, 2. Nov. In Haarlem, dem nächstgrößten Kohlengebiet Hollands, hat eine große Bewegung stattgefunden, um gegen die schädlichen deutschen Arbeiter einzutreten, da taufende von holländischen Arbeitern arbeitslos seien. Die sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen nahmen an dieser Demonstration nicht teil; sie wurde von der katholischen Arbeitervereingung sowie dem katholischen Kadaververeinband veranstaltet.

Ein neuer „Kriegsverbrecher“-Prozeß.

Obgleich man in Paris die Meinung verbreitet, daß die Beurteilung der Kriegsverbrecher durch das Reichsgericht nicht mit genügender Schärfe erfolge und Frankreich auf die weitere Beurteilung der Kriegsverbrecher durch das Reichsgericht verzichten will, um selbst zu verhandeln, ist von den Entente-Regierungen ein entsprechender Antrag auf Einleitung der Prozesse vor dem Reichsgericht bisher nicht erfolgt. Ein solcher Antrag wäre nötig, wenn die Prozesse auf Grund des Gesetzes nicht fortgesetzt werden sollen.

Zunächst hat das Reichsgericht wieder einen neuen Termin auf den 17. November anberaumt. Und zwar wird in diesen Tagen gegen den Landsturmann Gräner wegen Mordanschlags und erschwerter Fälschung, verurteilt in Charleroi in Belgien, verhandelt werden. Der Angeklagte befindet sich in Untersuchungshaft.

25% ige Aufbesserung der Seemannsgelder.

Berlin, 1. Nov. In den Verhandlungen über die Regelung der Novemberbezüge der Seemanns, die am Mittwoch im Reichsfinanzministerium mit den Seemannsorganisationen der Seemannsverbände stattfanden, erklärte der Vertreter des Reichsfinanzministeriums die von den Verbänden erhobenen Forderungen in ihrer Höhe als völlig unannehmbar. Die Forderungen enthielten u. a. eine rückwirkende Erhöhung der Urlaubsbeträge und solchen Erhöhungen vor, die z. B. für den Beamten der Seemannsgruppe II 12 000 Mark im Monat betragen sollten. Der Regierungsvertreter erklärte gegenüber diesen Forderungen, daß der Monat Oktober als endgültig abgefallen anzusehen sei, daß die Forderungen für November gar keine Verhandlungsgrundlage für die Regierung darstellten und daß er mit Rücksicht auf die finanzielle Lage des Reiches es ablehnen müsse, irgendeinen Kompromiß zu schließen. Er machte jedoch von der Regierungsvorlage Mitteilung, die eine Erhöhung des gesamten Teuerungszuschlags zum Grundgehalt, Erhöhung des Urlaubsbetrags und Erhöhung der Seemannsgelder betrafte. In Ausführung dieser Regierungsvorlage wird z. B. der Beamte der ebengenannten Seemannsgruppe II eine monatliche Erhöhung seiner Bezüge um 5400 Mark erhalten. Die Vertreter der Organisationen erklärten sich mit diesem Angebot einverstanden unter der Voraussetzung, daß die heutige gestaffelte Regelung nur als eine vorläufige anzusehen sei und daß es den Organisationen vorbehalten bleiben müsse, zu einem späteren Zeitpunkt über die endgültigen Novemberbezüge mit der Regierung zu verhandeln. Der Vertreter des Reichsfinanzministeriums nahm dies nur zur Kenntnis. Die Regierungsvorlage ist zum Zwecke der Zustimmung des Kabinetts dem Reichsrat und dem Reichstag zugehen.

Die neuen Staatsarbeiterlöhne.

Die Verhandlungen zwischen den Organisationen der Staatsarbeiter und dem Reichsfinanzministerium sind zum Abschluß gelangt. Die Forderung der Organisationen Betrag 115 Mark Stundenlohn für den Arbeiter in Lohnklasse I. Es wurde nach längeren Verhandlungen folgende Vereinbarung erzielt: für Lohnklasse I 123 Mk., pro Stunde,

Maßnahmen gegen die Lebensmittelverknappung.

Auf der Tagesordnung steht ein Antrag der S. P. betr. Maßnahmen gegen die Lebensmittelverknappung. Hierzu liegen noch drei selbständige Anträge dem Klement vor. Der Antrag der Sozialdemokr. enthält u. a. die Pflicht, zu dem Zwecke der Maximalisierung des Goldschlags anzuzutreten.

Antrag der Bürgerlichen Vereinigung.

Der 35. Landtag der Provinz Sachsen richtet an die Reichs- und Preussische Staatsregierung das dringende Ergehen, zur Milderung der schweren Ernährungsnot und zur Verhütung gleicher Not in der Zukunft folgende Maßnahmen zu treffen:

1. rechtzeitige und ausreichende Stellung von Eisenbahnwagen zum Transport von Kartoffeln, Brotgetreide, Stroh und Düngemitteln,
2. weitere Aufrechterhaltung der Sondertarife für Kartoffeln bis zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung,
3. schnellste Durchführung der Versorgung mit Hausbrand- und Heizkohle,
4. rechtzeitige und ausreichende Lieferung von künstlichen Düngern,
5. Arbeitsbeschaffung zur Sicherstellung und Hebung der landwirtschaftlichen Produktion,
6. schärfste Maßnahmen gegen alle Schieber- und Wuchergeschäfte auf dem Gebiet der Volksernährung,
7. Bereitstellung von Reichsmitteln, um minderbemittelten Volksteilen die notwendigen Nahrungsmittel zu erschwinglichen Preisen zu beschaffen. Besondere Förderung für Kriegsbeschäftigte, Kriegsinvaliden, Sozial- und Kleinrentner sowie bedürftig Gewerkschäfte,
8. Abkehr von der produktionshemmenden und verteuernenden Zwangswirtschaft; Rückkehr zur freien Wirtschaft, die allen produktionssteigernd wirkt.

Neben diesen Maßnahmen sieht der Provinziallandtag die einzige Möglichkeit zur endgültigen Erösung des Vorkes von seiner Ernährungsnot und zur wirtschaftlichen Gesundung in der Hebung der Beschäftigten Friedenschäfte. Er richtet daher an die Reichsregierung die dringende Aufforderung, zur Erreichung dieses Zieles alle Mittel anzuwenden.

Der demokratische und Zentrumsantrag enthält im wesentlichen dieselben Forderungen.

Der S. P. D.-Antrag will unter andern die Prioritarieränder in den Wohnungen der „Bourgeoisie“ unterbinden und viele andere, teils vernünftige, teils die Verhältnisse völlig verkennende Forderungen.

Abg. Müller (S. P. D.) begründet den Antrag der Sozialdemokraten. Er spricht von der großen Not, die von Ernährungsnot und zur wirtschaftlichen Gesundung in der Hebung der Beschäftigten Friedenschäfte. Er richtet daher an die Reichsregierung die dringende Aufforderung, zur Erreichung dieses Zieles alle Mittel anzuwenden.

Der demokratische und Zentrumsantrag enthält im wesentlichen dieselben Forderungen.

Der Termin für den Wiederzusammentritt des Reichstags verschoben.

Berlin, 1. Nov. Mit Rücksicht auf die schwebenden Reparationsverhandlungen wird der Reichstag, der ursprünglich auf den 7. November einberufen war, erst einige Tage später zusammentreten. Für den Zusammentritt ist der 13. November in Aussicht genommen. Der Vorkonferenz tritt am Donnerstag zusammen, um sich über den endgültigen Termin schlüssig zu werden.

Hauffe.

Au der Berliner Mittagsbörse feste gestern, gleichsam als Antwort auf die Reparationsverhandlungen, deren Stabilisierungsbewegung man seinen Glauben schenkt, eine fürnächste Aufwärtsbewegung auf allen Gebieten ein. — Räbers im Handstreich.

Aus Stadt und Umgebung

Was tat und tut die Landwirtschaft zur Linderung der Volksnot?

1. Sie hat sich nicht um den Achtstundentag gekümmert, sondern von Anfang an 9-10 Stunden und wenn man die Sonntagsarbeit mitrechnet, gar 12-14 Stunden täglich gearbeitet, und zwar ohne für die Überstunden erhöhte Bezahlung zu fordern.
2. Sie hat der Regierung 1,8 Millionen Tonnen Brotgetreide zu bestimmten Preisen zum Marktpreise angeboten, um der Versorgung unseres Volkes mit Brot auf diese Weise einen festen Rückhalt zu geben. Dieses Angebot wurde von der Regierung zurückgewiesen.
3. Sie war bereit, mit Hilfe einer allen leistungsfähigen Eisenwerkstätten unvorsehender Vorkosten den vielfältig bedürftigen verlässlichen Brot zur Verfügung zu stellen.
4. Durch Übernahme von Patenschaften für die Vermieten der Armen suchte sie nach Kräften die bringende Not zu lindern. Jureist dürfte es in der Provinz Sachsen kaum einen Landwirt geben, der nicht wenigstens eine fahdliche Familie unterstützt.
5. Sie hat trotz aller ihr in den Weg gelegten Hindernisse (Versteuern, phantastisch erhöhte Grundsteuer, fiskalistische Vermögens- und Erbschaftsteuer) bestritten die heimische Erzeugung zu steigern, um der deutschen Landwirtschaft die 1/2-2 Millionen Goldmark zu sparen, die wir jetzt für die Einfuhr von Lebens- und Futtermitteln an das Ausland bezahlen müssen. Demnach ist die Übernahme der Brachflächen, Steigerung des Stroh- und Stalldungsums um rund 50 Prozent.
6. Durch die Umlage mit ihrer ganz unzulänglichen Preisfestsetzung wird der Landwirtschaft die Weiterverfolgung ihres Zieles unmöglich gemacht und wie erst kürzlich Staatssekretär Dr. Hamm vom Preuss. Landwirtschaftsministerium dem Reichstagsausschuß ausführte, die Landwirtschaft gegen ihren Willen gezwungen, ihre Betriebe zu extensivieren.
7. Die Landwirtschaft hat im vergangenen wie in diesem Jahre Tausenden von minderbemittelten Kartoffeln und

selbstin, daß für den Zentner Weizen 15 000 Mark gezahlt werden ist. In Verhandlungen ist der Redner über Haupt groß, ohne irgendwelche Beweise erbringen zu können. Seine Worte ohne jede Schöpfung sind Schall und Rauch. Was er in einer vollen Stunde gesagt hat, hätte ebensogut in 10 Minuten abgemacht werden können. Das Gleiche gilt natürlich in erhöhtem Maß für die kommunikativen Dauerreden.

Abg. v. Affling (Dn.): Unser Ziel ist daselbe wie das der S. P. D. nur können wir den Weg nicht mitgehen. Eine Stabilisierung der Markt ist mit den bisherigen Mitteln nicht zu erreichen, solange wir nicht die Ursache des Sturzes beseitigen. Selbst Stillsetzung hat in Reichsfinanzminister festgestellt, daß kein Mittel vorhanden sei. Es bliebe uns nur, wie der Goldbestand der Reichsbank verwendet werden soll. Die Devisenoperationen beurteilen wir selbst, aber alle Maßnahmen haben die Markt weiter fallen lassen. Die Landwirtschaft braucht konstante Preise. Die Preise, die der Verbraucher genannt hat, sind keine Höchstpreise. Sollten solche Fälle diskutiert werden, so würde es für die Landwirtschaft selbst von großem Werte, wenn sie verifiziert würden. Der Walfuß über die Zwangswirtschaft mag es der bürgerlichen Vereinigung unmöglich, dem Antrag der S. P. D. beizustimmen. Schon frühere Revolutionen haben die Unzulänglichkeit einer Zwangswirtschaft bewiesen. Daß die Umlage falsch ist, liegt an der schlechten Ernte. Der Redner empfiehlt die Annahme des bürgerlichen Antrages, da die Zwangswirtschaft vermeiden und die freie Wirtschaft eingeführt werden müsse.

Abg. Schippa (Kom.): Der darauf das Rednerwort zur Begründung des Kommunikantrages bezieht, sieht sich verpflichtet auf eine Wort in „Vollblatt“ hinzuweisen, die nach seiner Meinung eine Entstellung der Vorkänge im Vortrag gibt. Er bezeichnet sie als einen „Kampfbroschüre“. Der Kommuniqué S. P. D. ist, daß die Not so wohl angeht, macht den herrlichen Ausdruck: „Gemeiner Schwindel mit Bezug auf meine Person“. Vom Präsidenten aufmerksamer gemacht, daß diese Gegenstand nicht zur Sache gehört, beginnt der Redner eine lange, endlos lange echt kommunistische Rede, während der mitunter der Saal fast leer ist.

Danach begründet der Abg. P. P. (Zem) den Antrag der Demokraten und des Zentrums. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Hierauf bezieht die Versammlung noch einmal das Rednerwort zum Schlußwort. Der Abg. P. P. (Zem) hält es hierbei für nötig, in einem lauten Redebeitrag über die Delegationen zu berichten. Diese persönlichen Bemerkungen sind unangehen, ist selbstverständlich. Der Vorsitzende P. P. schlägt vor, alle 6 Anträge der Reichsregierung zu überbeweisen. Ein Antrag Clubius, über jeden Antrag einzeln abzustimmen, wird abgelehnt, der Vorklage des P. P. 100 Millionen Mark zur Sicherstellung der Ernährung zu bewilligen, wird abgelehnt.

Hiermit ist die Arbeit des Landtages beendet. Der Vorsitzende P. P. gibt einen Rückblick über die geleistete Arbeit und dankt allen für die Mitarbeit. Der Präsident P. P. schließt mit einem kurzen Schlußwort um 6,30 Uhr den 35. Provinziallandtag.

Getreide zu einem bedeutend ermäßigten Preise abgegeben, zum Teil ohne Entgelt! Statt Anerkennung fand die Landwirt, vor allem bei der Einfuhr in 100 Partationen nur Spott und Hohn auf die Fülle von Mengenbeide der Volksausbeuter“, erhielt als Antwort auf die Kartoffellieferungen für über 50 Prozent unter Tagespreis: Dies ist Beweis, daß die Kartoffeln zu hinreichend bezahlt sind, denn die Agrarier sind die letzten, die aus Sozialismus Euphorie zu bringen bereit sind“ (Halt. Volkszeitung 7. Oktober 1921).

7. Die Landwirtschaft ist bereit, alle Weitzweizen zu unterstellen. Die geeignet sind, eine Erleichterung der uns in Versailles und London auferlegten untragbaren Lasten, der Quelle alles unerseres Elendes, herbeizuführen. In dem Agrarüberflußland Ausland löst heute in Folge der produktionsmindernden Zwangswirtschaftsmaßnahmen der Sowjetregierung 1 Bd. Kartoffeln 130 000 und 1 Pfund Weiz 170 000 Rubel.

Die deutsche Landwirtschaft, die nur 1/3 der Gesamtbevölkerung umfaßt, kann ihre auf Steigerung der Produktion gerichtete Arbeit nur leisten, wenn sie dabei verhältnismäßige Mitarbeit aller übrigen Bevölkerungstriebe findet.

Hierzu rufen wir alle wirtschaftlich Einseitigen auf!

Die Firma A. Dresner, Waagenfabrik.

an der Weißen Mauer, hier, begehrt heute das 50jährige Geschäftsjubiläum. Wir erwidern dem früheren Inhaber der Firma Herrn Paul Krätzfmar und allen seinen Mitarbeitern unsere besten Wünsche. 1872 wurde das Unternehmen in dem inzwischen verstorbenen Mechanikermeister August Dresner begründet, der als getreuer Werksbürger und langjähriger Stadtratsmitglied nach vielen von unsen Jahren in guter Erinnerung sein wird. Anfang 1900 ging das Geschäft auf dessen Sohn, Herrn, den jetzigen Inhaber über, der das Unternehmen im Sinne und nach den beiderwilligen Grundgedanken des Begründers weiter ausgebaut hat.

Die Gefahr eines Winterereises ist, wie uns heute mitgeteilt wird, endgültig beboben. Die Verhandlungen mit dem Reichsausschuß haben zu einem befriedigenden Resultat geführt.

Der neue Britenpreis.

Die Interessengemeinschaft des Arbeitgeberverbandes für das Handels- und Transportgewerbe und die Kohlenhändlervereinigung gibt im heutigen Anseigentell den neuen Britenpreis bekannt. Danach foliet ein Zentner Briten 580.00 Mark.

Die unerwartete Post.

Die Preise der Rohstoffe der Kohle sind mit dem 1. November wieder erhöht worden. 80 Prozent foliet jetzt eine leere Postkarte, Postkarte, ein Postauftrag, eine Postanweisung und Zahlkarte, Doppelpartien und Zustellungsanträge kosten 1,60 Mark, der Postredirektor 30 Mark, zehn Expeditionsaufträge 12 Mark, 100 Mark foliet ein Zentner über eine Lieberwitzerpost mit 60 Blättern 100 Zahlungsaufstellungen. Ein Postlieferungsbuch foliet in den verschiedenen Größen 15, 30, 60 und 80 Mark, ein Telegrammaufgebest 70 bis 260 Mark.

Von den Werksburgern in Berlin.

Vom 30jährigen Stiftungsfest des „Merseburger Abend“ in Berlin, von dem ich kürzlich berichtete, daß seine Feier am 28. Oktober 1921 in Berlin im „Königsberger Garten“ erfolgen sollte, sind freundliche Nachrichten durch Briefe eingegangen. Die Feier war schön, doch hat es dabei einen bitteren Tropfen gegeben. Der verehrte, langjährige Vorsitzende Eduard Wöhrlich war durch Krantheit

Beilage zu Nr. 258 des Merseburger Tageblattes

Donnerstag, den 2. November 1922

Eine irreführende Arbeitslosenstatistik

Das Reichsarbeitsministerium ist widerlegt durch die neuesten Zahlen, daß die Lage des Arbeitsmarktes sehr günstig sei, da die Statistik nur rund 12 000 Arbeitslose verzeichnete. Dieser Auffassung kann nicht sehr genau widersprochen werden, da sie eine Verzerrung des tatsächlichen Umfanges herbeizuführen geeignet ist.

Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß aus der Statistik die wirkliche Zahl der Arbeitslosen in keiner Weise zu ersehen ist. Es ist in ihr nicht berücksichtigt, daß Arbeitslosigkeit erst nach Ablauf einer bestimmten Wartezeit als vorhanden angenommen wird, und daß Entlassungen von Arbeitskräften erst dann erfolgen dürfen, wenn vorher eine Erziehung der Arbeitszeit stattgefunden hat. Schon aus diesem Grunde ist die Zahl der Arbeitslosen, bezogen der ihnen in gewisser Hinsicht gleichgestellten Kurzarbeiter größer als in der Statistik zum Ausdruck kommt. Viel wesentlicher ist jedoch der Umstand, daß in Deutschland in ganz erheblichem Umfang verzeichnete Arbeitslosigkeit herrscht. Hier spielen zwei Momente eine große Rolle. Das eine ist, daß schon seit längerer Zeit schließliche Arbeitskräfte zur Gewinnung und Verarbeitung von unedlen Rohstoffen verwendet werden müssen, die früher viel billiger und wirtschaftlicher aus dem Ausland bezogen wurden. Weiter ist zu berücksichtigen, daß ein sehr erheblicher Prozentsatz der in Deutschland berufstätigen Personen für direkte und indirekte Reparationsleistungen beschäftigt werden müssen. Wie groß ihre Zahl ist, kann an dem Beispiel ersehen werden, daß schon die Kosten für die Besetzung nicht einmal gedeckt werden können, wenn auf allen Wegen des Ruhrreviers Sonntag und Werktag ununterbrochen (also in drei Schichten) gearbeitet und wenn für jede verfabrene Schicht der höchste Dauerlohn gezahlt würde. Ohne zu übertrieben, kann man annehmen, daß zur Zeit jährlich neun bis zehn Millionen Arbeitsstunden für die vier Millionen Arbeiter erforderlich sind, für Reparation leisten müssen. Ebenso hoch ist natürlich die Zahl der unproduktiven Arbeitsstunden bzw. die Zahl der verpörrigten Arbeitslosen.

Wenn wir die künftigen Aussichten für den Arbeitsmarkt überschlagen, so ergibt sich, daß mit einer Berücksichtigung höchstwahrscheinlich zu rechnen ist. In der Hauptsache sind dafür zwei Gründe maßgebend. Der eine besteht darin, daß infolge der außerordentlichen Teuerung der letzten Zeit die Preise der Waren derart in die Höhe gegangen sind, daß im Ausland die Kaufkraft weitaus der Volkswirtschaft zur Anschaffung von Waren nicht ausreicht und daß für den Auslandsbetrieb unter Berücksichtigung der auf rund 15 Prozent zu veranschlagenden Ausfuhrbelastung (soziale Ausfuhrabgabe, Umsatzsteuer, statistische Gebühr, Außenhandelsgebühr, Preisabgabe usw.) die Weltmarktpreise in den meisten Fällen beinahe erreicht, teilweise sogar schon überschritten sind. Der andere Grund ist der, daß viele Firmen ihrer Kaffakation lange Zeit hindurch nicht den Wiederbeschaffungspreis zugrunde gelegt haben. Das hat jetzt dahin geführt, daß die Mehrzahl der Unternehmungen nicht

mehr in der Lage ist, ihre Vorräte auf der früheren Höhe zu halten, sodaß sie auch nicht instande sind, die bisherige Zahl der Arbeiter beschäftigen zu können. Die dadurch entstandene kritische Situation wird noch verschärft durch die bevorstehende Einziehung der Zwangsanleihe, die die bereits vorhandene Kapitalknappheit natürlich noch verschärfen muß. Daß diese gehoben werden könnte durch Bankkredite oder durch Heranziehung anderer Kapitals scheint ausgeschlossen, da die Vergabe von Leihkapitalen angesichts der fortschreitenden Marktentwertung das denkbar schiefste Geschäft darstellt. Aus diesen Gründen ist mit einer Verschärfung des Arbeitsmarktes zu rechnen. Es hat keinen Zweck, sich über die kommenden Dinge Illusionen hinzugeben, vor allem von der Durchführung des Arbeitsnachweisgesetzes sich irgendeine Erleichterung zu versprechen. Auch der beste Arbeitsnachweis kann wohl Arbeit vermitteln, aber keine Arbeitslosigkeit erzeugen.

Der Faschisten-Sieg in Italien.

Mit der Ernennung Mussolinis zum Ministerpräsidenten hat die unter dem Namen Faschismus in den letzten Jahren in Italien bestanden gewesene Bewegung ihren Höhepunkt erreicht. In dem neuen Kabinett werden die Faschisten mit 7 Sitzen die absolute Mehrheit besitzen und die künftige Leitung der Geschäfte der italienischen Politik wird auch von ihnen bestimmt werden. Der Faschismus ist eine Volksbewegung, die durchaus antisozialistisch angelegt ist und die ihren größten Ansporn von der Wiedererlangung des kommunistenauffassenden in Norditalien vor etwa einem Jahr erhalten hat. Sie ist im Grunde eine nationale Bewegung, deren Träger aber Vertreter der Intelligenz (Studenten und Arbeiter sind) Neuerdings hat sich eine Umwandlung vollzogen, welche der Arbeiterklasse größeren Anteil an der Leitung der neuen Bewegung gewährt. Unter allen Umständen ist der Faschismus eine Volksbewegung von größerer Kraft und Stärke, die heute in der Tat das Ziel, und zwar das höchste Ziel, was einer derartigen Bewegung vorzuwerfen mag, erreicht hat. Der Faschismus ist der Herrscher des italienischen Sozialismus. Es hat seinen besonderen Wert, sich gegenüber mit den inneren Einrichtungen und den Methoden, welche die Faschisten zu ihrem Erfolge geführt haben, zu beschäftigen. Tatsache ist nur das, daß es nämlich gelungen ist, den Gegensatz zwischen Intelligenz und Arbeiterklasse zu überbrücken und aus diesen beiden sich feindselig gegenüberstehenden Klassen eine neue Einheit zu schaffen, welche aktionsfähig ist.

Es drängt sich naturgemäß eine gewisse Einheit zwischen dem Vorgehen der Volkswirtschaft und dem der Faschisten auf, insofern nämlich in beiden Fällen die auf der rechten Mehrheitsbildung beruhende Staatsgewalt verengelt worden ist. Sie hat vor der Autorität und Zeitraft einer gut geleiteten Minderheit die Regel strecken müssen. Dieser Feststellung genügt jedoch noch nicht zur Begründung einer Behauptung dieses politischen Verfahrens. Es bleibt abzuwarten, ob die Aktion auf Seiten des Faschismus nicht eine Reaktion auf Seiten der nunmehr Entrechteten auslösen wird. Wahrscheinlich ist eine derartige Reaktion nicht, denn in Italien scheint alles, was über einen politischen Willen verfügt, über die Bereitschaft zum Einzug der Ver-

son, sich den Faschisten angeschlossen zu haben. Es ist nicht anzunehmen, daß der Faschismus, nun er zur Macht gelangt ist, schneller abstricheln wird als vorher, als er noch gebildet und geübt wurde. Nur in dem Falle, daß die ausstehende Lage Italiens durch das Kabinett Mussolini gefährdet werden sollte, daß wirklich ernsthaftes Eintreten auftreten sollten, nur insofern dürfte eine Gegenbewegung auf Wirkung und Erfolg rechnen.

Für uns Deutsche ergibt sich aus dem Erfolg der faschistischen Bewegung die ernste Frage, ob wir mit dem gegenwärtigen System der politischen Willensbildung und der politischen Vertretung des Volkes auf dem richtigen Wege sind. Nur wenn unsere politischen Parteien eine Politik der Zukunft treiben, die nicht nur Worte macht, sondern auch während in Erscheinung tritt, werden wir von Erschütterungen bewahrt bleiben, wie sie Italien heute durchzumachen hat. Für uns würde der Faschismus eine Gefahr bedeuten, da Deutschland im Vergleich zu Italien in höchst ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen sich befindet, da der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit viel schärfer ist als dort und wir letzten Endes vor der Drohung des feindlichen Einmarsches nach wie vor stehen. Es wird uns zweifellos nicht gelingen, eine neue nationale, aus Arbeitern und Vertretern der Intelligenz bestehende einheitliche Front in und außerhalb des Parlamentes zu bilden. Und wir können heute nur die Hoffnung aussprechen, daß unsere politische Fortentwicklung zur Aktion auch ohne einen allgemeinen Aufruf stattfinden wird.

Politische Rundschau

Deutschlands Wohnungsnot.

Auf der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf schilderte der deutsche Regierungsdirektor, Ministerialrat Scholz, die besonderen Schwierigkeiten der Eins- und Auswanderungsfrage in Deutschland. Diese Schwierigkeiten sind wesentlich dadurch gesteigert worden, daß eine gewaltige Welle von Flüchtlingen aus den im Vertrag von Versailles abgetretenen Gebieten und aus dem übrigen Ausland nach Deutschland zurückgekehrt sind. Die Zahl der Flüchtlinge beträgt weit mehr als eine Million.

Unvereinigte Sozialdemokraten.

In Weiskalen haben die Lebbouranhänger, die in Nürnberg als Delegierte zum Teil schon gegen die Vereinigung stimmten, durch die Genossenschaft der Dage ner „Vollstimmte“ mit 48 gegen 39 Stimmen einen Beschluß fassen lassen, daß die „Vollstimmte“ als unabhängig es Organ weiter herausgegeben wird. Der Parteivorstand verlangte demgegenüber durch ständiger Aufforderung der Genossenschaft und Vertretung des Parteivorstandes an einer zu bildenden G. m. b. H.

Als diese Forderung abgelehnt wurde, erklärte Künstler: „Nach dieser Abstimmung hat sich gezeigt, daß die Mehrheit, die mit „Rein“ stimmte, die Vereinigung der sozialistischen Parteien nicht will. Unter diesen Umständen lehnt der Parteivorstand weitere Vermittlung in der Dage ner Preisangelegenheit ab und wird die notwendigen

Schritte ergreifen, um die R. S. N. D. im hiesigen Bezirk dennoch aktionsfähig zu machen!

Eine stürmische Aufregung benutzte sich der Versammlung nach dieser Erklärung, die offenbar nichts anderes belegen soll, als daß die Weingäcker und ihre „Rollestimme“ zur Lebensunterstützung geachtet werden sollen. Die Vereinigung der Sozialdemokraten ist unter diesen Umständen im hiesigen Bezirk überhaupt noch kaum in Erscheinung getreten, was sich in den Stadterweiterungs-Versammlungen vieler Städte feststellen läßt.

Frankreichs Kotsbedarf.

Der „Temps“ veröffentlicht interessante Angaben des Obersteuermanns Reboul über Frankreichs Kotsbedarf. Die französische Kotsproduktion erreichte danach im vergangenen Jahre 1.790.000 To. Frankreich bezog 3,5 Millionen To. aus dem Auslande, davon 3,5 Millionen aus Deutschland. Für die Metallindustrie gebrauchte Frankreich im vergangenen Jahre 5.280.000 Tonnen Kots gegen rund 7 Millionen im Jahre 1913, in dem die französische Kotsproduktion rund 4 Mill. To. betrug. Reboul berechnet, daß der Kotsbedarf Frankreichs sich im Jahre 1925 bei normaler Industriearbeit auf 9,5 Mill. To. belaufen wird, von denen im günstigsten Falle 6 1/2 bis 7 Mill. To. im Lande produziert werden können.

Reboul kommt zu dem Schluß, daß die französische Industrie zurecht auf eine Einfuhr von 3 Mill. To. Kots aus dem Auslande angewiesen ist und daß der aus dem Auslande zu deckende Kotsbedarf im Jahre 1925 etwa 6 bis 7 Mill. To. betragen wird.

Der ist Musjolin?

Die Heise, die Musjolin am Sonntag abend von Mailand nach Rom gemacht hat, war wohl der größte Triumph im Leben dieses Volkstribunen, der es vom Leiter der Genes und dann wegen Verleumdung aus der Schweiz ausgewiesenen Landstreichers zum Ministerpräsidenten gebracht hat. Einen Sonderzug, den ihm die Eisenbahnhöfchen zur Verfügung stellen wollten, lehnte er entrückt ab, weil er selbst das Beispiel der Sparsamkeit geben müsse. Was ihn freilich nicht hindert hat, die Zahl der Staatssekretäre zu vergrößern, die er ursprünglich aus Sparmaßregeln heranzubringen wollte, hat diesen noch zu vermeiden. Auf allen Stationen fanden feierliche Abstellungen bereit, die ihm mittelmäßig begrüßten und ihm allerdings auch durch ihre aufdringlichen Subdigungen bisweilen unbehagen wurden. Nach dem „Corriere della Sera“ mußte auf der italienischen Station Florenz-Notte der Zug anhalten, und die dort wartenden Passagiere verlangten unbedingt eine Anrede, zu der Musjolin sich schließlich herbeilassen mußte.

Der schweizerische Bundesrat hat übrigens die früher gegen Musjolin wegen Bundesverstoß verhängte Ausweisung aufgehoben.

Aus Provinz und Reich

Denkmalsweise.

Eisenburg, 31. Oktober. Am 29. Oktober fand unter großer Beteiligung der vier Gemeinden Eisenburg, Breititz, Weihenfehnbach und Göbbitz die Einweihung des Reiterdenkmals auf dem Berg bei Breititz statt. Der von der Schulenburg überlagert als Vertreter der vier Gemeinden mit Frauwitwen Eisenburg das Denkmal der Leutnants. Doktor Mendelsohn-Eisenburg hielt die Wehrede. Die vereinigten Gemarkungen der vier Gemeinden verhängten die Feier mit Vorträgen. Das Denkmal ist errichtet inmitten eines

großen Sportplatzes auf dem Vordamm bei Breititz. Auf einem freistehenden Sockelbau erhebt sich ein 8 Meter hoher dorischer Säulentempel aus rhythischem Luffstein. Die Säulengruppe des Tempels ist mit einem verzierten eisernen Kreuz geschmückt. Die Innenseite der Säule ist rot-weiß ausgemalt, der Architrav trägt einen weiß auf schwarz gemalten Spruch: „Ans Vaterland, ans Vaterland, dich an, das halbe ist mit Deinem ganzen Herzen.“ Inmitten des Tempels steht ein viereriger Altar, der auf seinen vier Seiten die Namen der Gefallenen der vier Gemeinden trägt. Das ganze Denkmal wirkt außerordentlich würdig und feierlich und paßt sich in die Landschaft vorzüglich ein. Schöpfer des Denkmals ist unter anderem Meister Rudolf Stöckmann. Das Werk ist wohl als eine feine künstlerische Schöpfung anzusehen. Graf von der Schulenburg hat sich um das Zustandekommen dieser prächtigen Anlage und der umfangreichen Vorbereitungen verdient gemacht. Das Gelände zum Sportplatz hat er unentgeltlich den vier Gemeinden überlassen. Auch hat er mit erheblichen Geldausgaben den Bau des Denkmals gefördert.

Das Denkmal ist nicht nur ein Erinnerungs- und Dankeszeichen an den großen Krieg und seine gewaltigen Opfer, sondern auch ein Zeichen, wie durch Ginstigkeit und Zusammenhalt Großes geschaffen werden kann.

Ein sonderbarer Transport.

Gienach, 31. Oktober. In Gienach trafen am Sonntag, aus der Rhön kommend, drei Vertreter der akademischen Klettergruppe Berlin-Charlottenburg ein, die ein motorisiertes Flugzeug auf einem ausladenden Baumstamm vor sich her schieben. Die drei Studenten waren am Freitag von der Wassertrappe abmarschiert und wurden jetzt von vier weiteren akademischen Flugpiloten abgeholt, die das Flugzeug nach Charlottenburg auf die gleiche Weise weitertransportieren wollten. Die hohen Kräfte und die Not der akademischen Jugend sind die Motive dieses sonderbaren Transportes, der überall Aufsehen erregt.

Der Gaehe-Torische Wilhelm Bode gestorben.

Weimar, 27. Oktober. Der bekannte Gaehe-Forscher Dr. Wilhelm Bode ist an den Folgen des Unfalls, den er vor einigen Tagen erlitten hatte, im Krankenhaus zu Weimar gestorben. Dr. Bode war, wie bekannt, als er einem Unwaiden in die Straßenbahn helfen wollte, von dieser überfahren worden.

Millionenschmelde in Berliner Großbanken.

Berlin, 30. Oktober. Ein Millionenschmelde in argentinischen Coupons ist durch die Ausverkauftheit eines Berliner Bankgeschäftes aufgedeckt worden. Als Hauptbetreiber der Fälschungen ist der Bankier Schulze aus Hannover auf Betreiben der dortigen Staatsanwaltschaft von der Berliner Kriminalpolizei verhaftet worden. Schulze gibt die Verbreitung an; er behauptet aber, nicht gewinkt zu haben, daß die Banknote falsch sind. Es handelt sich um Coupons der 40-prozentigen Provinzialanleihe von Buenos Aires. Eine Reihe von Berliner Großbanken soll durch die Coupons um etwa 300 Millionen Mark geschädigt worden sein.

Schadenfeuer.

Ein Großfeuer in der Schiffbauwerkstofffabrik von Meißel u. Co. in Zornberg in Thüringen schickte einen großen Teil der Gebäude und die gesamten Vorräte an Schiffbauwerkstoff ein. Der Schaden beträgt viele Millionen C. Die Maschinenfabrik Hofmann und Busch in Reuditz a. d. Elbe wurde von einem Großfeuer heimgesucht. Das mittlere Gebäude der Fabrik wurde eingestürzt. Der

Schaden ist beträchtlich. In dem Heimwehr-Lager Guben ist Freitag morgen ein Großfeuer ausgebrochen. Mehrere 100 Personen sind obdachlos. Dieses Heimwehr-Lager ist hauptsächlich für ostdeutsche Flüchtlinge eingerichtet, die dort solange verweilen können, bis sie wieder dem Gewerbeleben zugeführt werden können.

Eine neue Schredensart farbiger Franzosen.

Frankfurt a. M., 30. Okt. In der Nacht zum Sonntag drangen drei betrunkenen marrokanische Soldaten von dem in Höchst garnisonierten Marrokanerregiment Nr. 66 zwischen den Barracken Wäldchen und Zoffenheim, also auf deutschem Gebiete, in die Strichgasse von Kallmann ein und verlangten von Wirt Schindas. Als ihnen dieser verweigert wurde, überwältigten die Soldaten ihren wachhabenden Linienoffizier, nahmen ihm die Munition ab und stellten die Strichgasse von der Kanthstraße aus etwa eine Stunde lang unter „Schützenfeuer“. Hierbei wurde der ledige Schreiner Peter Nied aus Zoffenheim durch einen Bulletschuß getötet. Die Tochter des Wirtes erhielt einen Beinbruch. Die betrunkenen Marrokaner wurden später von Soldaten, die aus Höchst alarmiert wurden, übermäßig und verhaftet.

Turnen, Spiel und Sport

Stadtbalk (Hockey)

Sportverein 99 gegen Longhornklub 3:2 (2:1).

Das Stadtbalk zwischen obigen Gegnern lieferte Nachmittag auf dem Her Platz beachtliche Kombinationen ersten und zweiten Elf der Her einen Knappen, verdienten Sieg. Die Schläger waren zwar sehr eifrig, konnten aber mit der größeren Spielerfahrung der routinierteren Kampfmannschaft des Gegners nicht ganz Schritt halten; trotzdem war das Spiel meist offen, so daß beide Mannschaften gleich angegriffen wurden, in aber schließlich Angriffe ihres Gegners zu erobern.

Neumarkt 1 - Mädchen 1 3:0.

Neumarkt konnte auch am vergangenen Sonntag seinen zweiten Platz in der Tabelle behaupten, indem sie Mädchen 1 gegen 3:0 schlugen. Neumarkt spielte anfänglich mit 10 Mann und ergab sich erst bei Halbzeit, während Mädchen mit voller Mannschaft in härtester Bekämpfung antrat, wobei den gleichen Sieg. Nach Anfang bricht Neumarkt wieder durch und kendet das 2. Mal ein und zwar durch unermesslichen Gangschuß des Mittelstürmers. Nach Halbzeit verfuhr Mädchen anzuhören, doch ohne Erfolg. Weimern gelang es Neumarkt 20 Minuten vor Schluß, nachdem kurz vorher der 1. Vereinstorwart von Mädchen verlor das Spielfeld verlassen muß, das dritte Tor anzubringen. Nachdem der Schiedsrichter Menzel, 99 Merseburg, welcher seine Entscheidungen jederzeit sicher traf, einen Mädchenigen Spieler des Feldes vermisst, war der Wert des Spieles herab gesunken.

